



Bericht über die 14. Sitzung des erweiterten Lenkungsausschusses (09.09.2021)

It's the governance,...!

Nachhaltigkeitspolitik in der Architektur der nächsten Bundesregierung

Am 09. September 2021 beriet der Erweiterte Lenkungsausschuss von SDSN Germany das Thema „Governance“ der Nachhaltigkeitspolitik. In der im März 2021 weiterentwickelten [Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#) ist „Governance“ als einer von fünf übergreifenden „Hebel“ zur Umsetzung der angestrebten Schlüsseltransformationen festgelegt. Die Beratung widmete sich zum einen der innerstaatlichen Umsetzung der 2030 Agenda und der Nachhaltigkeitsstrategie sowie den Möglichkeiten ihrer politischen Aufwertung; zum anderen der internationalen Perspektive der deutschen Nachhaltigkeits-Governance. Für beide Dimensionen wurde deutlich: In der der nächsten Legislaturperiode ist eine neue Koordinierung und zielgerichtete Steuerung für eine kohärente Nachhaltigkeitspolitik im In- und Ausland notwendig.

Panel 1: Innerstaatliche Umsetzung von 2030 Agenda und Nachhaltigkeitsstrategie in Deutschland

Dr. Werner Schnappauf (Rat für Nachhaltige Entwicklung), **Prof. Dr. Dirk Messner** (Umweltbundesamt) und **Prof. Dr. Wolfgang Lucht** (Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung und Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung) hoben in ihren Beiträgen übereinstimmend das **einmalige Gelegenheitsfenster** hervor, in der kommenden Legislaturperiode Nachhaltigkeit ambitioniert im Koalitionsvertrag zu verankern. Vorträge und Diskussion unterstrichen: Das Momentum des europäischen Green Deals solle **genutzt werden**, um die Umsetzung zentraler Maßnahmen zu beschleunigen. **Nachhaltigkeit müsse zum Leitprinzip** der neuen Bundesregierung werden und dürfe im Sinne einer **neuen Staatsraison** (sozialer Umweltrechtsstaat) nicht länger mit anderen Strategien und Prinzipien konkurrieren. Nachhaltigkeit solle daher als Staatszielbestimmung im Grundgesetz verankert werden. Denkbar sei auch ein **Maßstäbengesetz**, durch das sich der Gesetzgeber sowie die Exekutive mittels einer Präzisierung des Nachhaltigkeitsverständnisses u.a. auf der Grundlage von Art. 20a GG konkret binden. Darüber hinaus brauche es **mehr Agilität in Entscheidungsprozessen**, eine Loslösung von kleinteiligen Verwaltungsprozessen sowie **eine Stärkung der Planungs- und Umsetzungskapazitäten** innerhalb der öffentlichen Institutionen.

Die Nachhaltigkeitsstrategie habe trotz ihrer Verankerung im Bundeskanzleramt bislang weder hinreichend politischen Druck zum Handeln aufgebaut, noch maßgeblich zur Entwicklung politischer Initiativen geführt. Jetzt müsse die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie **ins Zentrum des Politikprozesses rücken**. Im Sinne von „Nachhaltigkeit als Gemeinschaftswerk“ sei zentral, dass die Umsetzung der Strategie gemeinsam von Politik, Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft vorangetrieben werde sowie mit **realer Macht, substantieller Finanzierung** (beispielsweise in Form eines Transformationsfonds als zentrale Säule der Wirtschaftsförderung) sowie durch **konkrete institutionelle Mechanismen** untermauert wird.

Dazu gehöre allem voran eine **moderne, neue Steuerungsmethodik innerhalb der Exekutive**, die in der Lage ist, Nachhaltigkeit stringent sowie ressort- und sektorübergreifend umzusetzen. Getreu dem



Motto „**Nachhaltigkeit ist Chefsache**“, solle das Thema weiterhin im Kanzleramt verankert bleiben. Allerdings seien dann dort auch **starke Führung, regelmäßige Wirkungsmessung, scharfes Monitoring** sowie **Sanktionierungen bei Verstößen gegen die Transformationsziele** sicherzustellen. Dafür seien grundlegende Veränderungen in der Struktur der Nachhaltigkeitspolitik vonnöten. Denkbar sei die Berufung eines/er **Nachhaltigkeitsminister*in**. Auch eine **Stärkung der Rolle des Deutschen Bundestags** sei dringend notwendig. Damit der Bundestag zum zentralen Nachhaltigkeitsakteur wird, könne über die bestehende Plenums- und Ausschussarbeit hinaus ein **Ausschuss für Nachhaltigkeit** eingesetzt werden.

Die **Transformation müsse auch die Alltagswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger viel stärker einbeziehen und ihnen ermöglichen**, diesen Weg auch mitzugehen. Gestärkt werden könne diese Bereitschaft durch die Förderung und Aufwertung von Bürgerräten und durch **offene und ehrliche politische Kommunikation** über die Größe der Herausforderungen und die Notwendigkeit politischen Handelns.

Panel 2: Verankerung der 2030 Agenda und der Nachhaltigkeitsstrategie in der internationalen Politik und Zusammenarbeit Deutschlands

Impulsbeiträge von **Philipp Rotmann** (Global Public Policy Institute), **Prof. h.c. Dr. Stefan Liebing** (Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft) und **Dr. Julia Leininger** (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) leiteten die Debatte zu einer nachhaltigen Gestaltung der auswärtigen Politikfelder ein. Der Handlungsdruck sei vor dem Hintergrund sich gegenseitig verstärkender Mehrfachkrisen - Klima- und Nachhaltigkeitskrise, Covid19-Pandemie und Afghanistan, etc. – enorm gestiegen. Die Impulsgebenden betonten, dass **das „Silodenken“ zwischen den verschiedenen externen Politikfeldern, aber auch zwischen internen und externen Politiken abgebaut werden müsse**. Die Beiträge und die Diskussion verdeutlichten einerseits die Kohärenzprobleme bereits im engeren außen- und sicherheitspolitischen Bereich, andererseits aber auch zwischen den verschiedenen externen Politiken mit Blick auf weltweite nachhaltige Entwicklung. Ein bei der Bundeskanzler*in angesiedeltes Koordinationsgremium könnte diese bei entsprechendem politischen Willen angehen und ressortübergreifend zu außen- und sicherheitspolitischen Themen zusammenarbeiten. Diese zentralisierte Struktur hänge aber von der Unterstützung durch kleinere Koalitionspartner ab. Problematisch bei dem Vorschlag eines nationalen Sicherheitsrates seien dabei für einige die Betonung von „national“ und „Sicherheit“. Dies sende ein falsches Signal aus. Daher sei ein „Kabinettsausschuss für europäische Außenpolitik“ eher denkbar, was von vornherein eine andere Perspektive schaffen könnte. Die Mitgliedschaft in einem solchen Ausschuss müsse dabei thematisch flexibel sein. Die entsprechende Unterstützungsstruktur im Bundeskanzleramt sollte von ein/em Spitzenbeamten/in auf Staatssekretärebene geleitet werden. Angeregt wurde aber auch, für die Koordination der Nachhaltigkeits- und Klimaaußenpolitik ein Transformationskabinetts für nachhaltige Entwicklung zu bilden. **Klimaschutz und Nachhaltigkeit müssten zwingend international gedacht werden**, was gerade am Beispiel Afrika veranschaulicht werden könne. In vielen Ländern Afrikas führen das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum zu einem enorm gesteigerten Energiebedarf. **Afrika sei deshalb zentral für internationale Klimapolitik**. Grüner Strom müsse auch in afrikanischen Ländern billiger werden als Kohlestrom – dazu bedürfe es erheblicher Anstrengungen für Stromsektorreformen in den einzelnen Ländern. Das **Kernproblem** in Afrika sei bis-



lang die **Finanzierung von Klimaschutzprojekten**, weshalb gerade private Unternehmen bei der Finanzierung von Klimaschutzinvestitionen unterstützt werden müssten. Ein mögliches Mittel seien analog zu Hermes-Bürgschaften ähnliche Bürgschaften für grüne Investitionsprojekte.

Nachhaltigkeits- und Sicherheitspolitik müssten also interdependent, Innen- und Außenpolitik **komplementär betrachtet werden**. Betont wurde ferner, dass Nachhaltigkeitsaußenpolitik universell aufgestellt sein müsse und nicht auf Länder niedrigen und mittleren Einkommens begrenzt werden dürfe, wenn man die SDGs weltweit bis 2030 erreichen wolle. Hierfür bedürfe es verstärkter interministerieller Kooperation zwischen den Ressorts mit Zuständigkeit für auswärtige Politiken. Die federführenden Ministerien sollten zusammen ein gemeinsames, kohärentes Umsetzungs- und Maßnahmenprogramm für den in der Nachhaltigkeitsstrategie verankerten übergreifenden Hebel „Internationale Verantwortung und Zusammenarbeit“ entwickeln. Partnerschaften mit einzelnen Ländern wie z.B. [Paris-Partnerschaften¹](#) könnten zunehmend auch reziprok angelegt werden, um Transformationsprozesse sowohl im Partnerland als auch in Deutschland voranzubringen.

Insgesamt wurde auch deutlich, dass für leistungsfähige Governance-Strukturen der Nachhaltigkeitspolitik im Inneren wie nach außen wesentlich mehr demokratische Rechenschaftspflichten und –mechanismen notwendig sind. **Letztlich gebe es keine Erkenntnis- sondern vielmehr Umsetzungsprobleme**, zumeist aufgrund unzureichender Finanzierung von Nachhaltigkeitszielen. Allerdings sei auch die Wissenschaft gefordert, bestehende Wissenslücken zu schließen und dafür transdisziplinär zusammenzuarbeiten.

Protokoll: Leonie Droste/Dominic Kranholdt

Bonn, 24. September 2021

¹ Die Paris-Partnerschaften sind ein Vorschlag von Germwanwatch e.V. für ein neues Instrument, um Deutschlands internationale Klimapolitik langfristig zu stärken. Ziel ist es, eine neue Form der bilateralen Zusammenarbeit auf Augenhöhe zu realisieren, um die Pariser Klimaziele erfolgreich umzusetzen. Konkret sollen Paris-Partnerschaften: (1) auf der Ebene der Regierungschef*innen geschlossen werden (2) die Zivilgesellschaft im Partnerland gestärkt werden (3) klimabezogene Aktivitäten aller deutschen Ressorts im Partnerland unter dem Dach der Paris-Partnerschaft koordiniert werden (4) die Transformation in Deutschland durch Lernprozesse in den Partnerländern schneller voranbringen.



14. Sitzung des Erweiterten Lenkungsausschusses von SDSN Germany
Donnerstag, 09. September 2021, 13:30 Uhr bis 16:00 Uhr, via Zoom

Tagesordnung

It's the governance,...!
Nachhaltigkeitspolitik in der Architektur der nächsten Bundesregierung

1. Begrüßung und Einführung (13:30 bis 13:45 Uhr)

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge / Prof. Dr. Gesine Schwan (Co-Vorsitzende, SDSN Germany)

2. Wie können Strukturen und Prozesse der innerstaatlichen Umsetzung von 2030 Agenda und Nachhaltigkeitsstrategie politisch aufgewertet sowie wirksamer und effizienter werden?
(Moderation: Prof. Dr. Gesine Schwan; 13:45 bis 14:45 Uhr)

Impulsbeiträge von:

- **Dr. Werner Schnappauf** (Ratsvorsitzender, Rat für Nachhaltige Entwicklung)
- **Prof. Dr. Dirk Messner** (Präsident, Umweltbundesamt)

Diskussion mit Beiträgen u.a. von Prof. Wolfgang Lucht (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, PIK) und Dr. Sabrina Schulz (SDSN Germany)

3. Wie können 2030 Agenda und Nachhaltigkeitsstrategie in der künftigen Architektur der internationalen Politik und Zusammenarbeit Deutschlands zentral verankert, besser organisiert und ressortübergreifend koordiniert werden?
(Moderation: Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge; 14:45 bis 15:45 Uhr)

Impulsbeiträge von:

- **Philipp Rotmann** (Stellvertretender Direktor, Global Public Policy Institute)
- **Prof. h.c. Dr. Stefan Liebing** (Vorsitzender, Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft)
- **Dr. Julia Leininger** (Programmleitung, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik)

Diskussion mit Beiträgen u.a. von Lutz Weischer (Germanwatch) und Adolf Kloke-Lesch (SDSN Europe)

4. Ausblick und Orientierung für die weitere Arbeit von SDSN Germany (15:45 bis 16:00 Uhr)

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge / Prof. Dr. Gesine Schwan (Co-Vorsitzende, SDSN Germany)